



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

OD/X/15 - 22. 8. 1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 899

O S T - D I E N S T

Hinweise auf den Inhalt:

Die Krise um Ulbricht	Seite 1
Die GSOW hat einen Nachfolger	Seite 3
Krise im sowjetischen Komsomol	Seite 6

Die Krise um Ulbricht

OD. Das Geheimnis um den bisher stärksten Mann der Sowjetzone, den 1. Sekretär des Zentralkomitees der SED, Ulbricht, beginnt sich zu lichten. Es hat an Spekulationen nicht gefehlt, warum er nun schon seit Wochen von der Bildfläche verschwunden ist, ohne dass bisher von offizieller Pankower Seite eine Erklärung dafür abgegeben wurde. Trotz aller Geheimhaltungsversuche liegen seit einigen Tagen aus verschiedenen zuverlässigen Quellen Berichte vor, dass Ulbricht sich zur Zeit in Berlin befindet. Streng abgeschirmt gegen neugierige Blicke hält er sich in einem der bekannten Ostberliner Krankenhäuser auf, dessen Spezialabteilungen den Spitzen des Sowjetzonenstaates zur Verfügung stehen.

Kranksein ist menschlich, aber die Umstände, die auf dem politischen Sektor mit dieser Krankheit des ZK-Chefs Ulbricht verbunden sind, erscheinen schwerwiegend genug, um diese tatsächliche Krankheit zu einer politischen Krankheit werden zu lassen. Das letzte öffentliche Auftreten Ulbrichts fand auf dem FDGB-Kongress im Juni statt. Bei allen folgenden wichtigen politischen Ereignissen, die über die Ostberliner Bühne gingen, glänzte Ulbricht durch Abwesenheit. Kochte ihm auch die Krankheit z. B. eine Teilnahme an dem so demonstrativ repräsentativ gestalteten Empfang Chruschtschews und Bulganins in Ostberlin nach der Gen-

22. 8. 1955

fer Konferenz verbieten, das Fehlen des sonst üblichen Besuchs der hohen Gäste am Krankenbett, verbunden mit der obligaten Überreichung eines Blumenpräsensts, zeigt eindeutig, dass Ulbricht nicht nur physisch, sondern auch politisch malade ist.

Muss es nicht auch als Symptom einer solchen Erkrankung genommen werden, dass die Funktionen, die Ulbricht als 1. Sekretär der SED und als stellv. Ministerpräsident ausgeübt hat, stillschweigend auf das Politbüromitglied Schirdewan und auf den bisherigen Innenminister Stoph aufgeteilt worden sind! Dazu kommt die verbürgte Tatsache, dass Ulbricht im Anfangsstadium seiner physischen Erkrankung im engsten Kreis des Politbüros eine Selbstkritik an seiner bisherigen politischen Linie üben mußte, wie sie bisher aus dem Munde des SED-Diktators noch niemals zu hören war.

Inwieweit der Zwang zu einer solchen kritischen Analyse des 10 Jahre alten Trümmerfeldes der SED-Politik zu diesem Zeitpunkt direkt von Moskau ausging, mag dahingestellt bleiben. In der sowjetrussischen Perspektive der Deutschlandpolitik ist Ulbricht bereits seit Juni in den Hintergrund gerückt worden.

Man braucht garnicht einmal an das Stillschweigen zu erinnern, mit dem Ulbrichts diesjähriger Geburtstag übergangen wurde. Ohne Zweifel ist es nicht ohne Bedeutung, dass z. B. die Ulbricht-Rede auf dem FEGB-Kongress von der damals noch erscheinenden sowjetrussischen "Täglichen Rundschau" nur ganz nebenbei als "ferner Liefen" auszugsweise gebracht wurde. Und selbst die Rede, die der ZK-Chef Ulbricht vor dem 24. Plenum des ZK hielt, erschien in der Ostberliner Zeitung der Sowjets nur in Bruchstücken.

Angeichts der Tatsache, dass Ulbricht praktisch die SED war, müssen sein Verschwinden und die offizielle Nichtbeachtung des kranken SED-Chefs durch die Kreml-Repräsentanten Bulganin und Chruschtschew als Anzeichen dafür gewertet werden, dass man in Moskau erkannt hat, wie sehr die Person Ulbrichts in der neuen Phase der sowjetrussischen Deutschlandpolitik, die durch die Genfer Konferenz gekennzeichnet ist, im Wege steht. Nach all dem, was bisher aus zuverlässiger Quelle bekannt geworden ist, hat es den Anschein, als ob Ulbricht von der sowjetischen Regierung jetzt fallen gelassen worden ist.

Selbstverständlich wird der Kreml alles vermeiden, um diesen Bruch mit seinem ergebensten Statthalter in Deutschland offen zuzugeben. Umso gelegener muß dem Kreml die tatsächliche Erkrankung des SED-Chefs kommen. Dadurch ergeben sich Möglichkeiten, einen geschickten Übergang zu

SPD-Pressedienst
OD/X/15

22. 8. 1955

finden und das Fallenlassen Ulbrichts durch die Krankheit zu tarnen.

Für die Deutschen ist jedoch allein die Frage entscheidend, ob die Sowjets mit einem zwangweisen Ende der Ulbricht-Ära die Erkenntnis verbinden, daß völlig neue Perspektiven in der Deutschlandpolitik notwendig sind. Die Erklärungen der präsumptiven Nachfolger Ulbrichts, SCHIRDEWAN und STOPH, die in den letzten Tagen zu vernehmen waren, können den Zweifel nicht entkräften, daß es sich in Pankow lediglich um die Ablösung einer politisch bankrotten Figur ohne neue Aspekte in der Deutschlandpolitik der Sowjets handeln könnte.

- + +

Schlemmercase ohne Versorgungskrise

Besondere HO-Organisation beliefert SED-Spitzenfunktionäre

OD. Ostberlin ... Unter den Linden 40. Zwei Schaufenster, verhängt mit Stores, ein Eingang wie bei anderen Geschäften. Vor den Fenstern aber dicke Eisengitter. Die "Kunden" verschwinden in einer unscheinbaren Tür in der Ecke des Hofes. Am Eingang eine scharfe Kontrolle: Eintritt nur gegen Vorlage eines besonderen Ausweises.

Über das Innere gibt es nur ein Urteil: Von einer Versorgungskrise ist hier nichts zu spüren. Die 16 Kronleuchter tauchen die eleganten Auslagen in den Vitrinen in glänzendes Licht. Anzüge, Kleider, Wäsche, Stoffe, was das Herz begehrt. Qualitäten, wie sie der Zonendwoner nur noch vom Hörensagen kennt und nach denen sich auch der Bundesbürger die Nase an der Fensterscheibe plattdrücken würde. Nicht selten tragen sie westdeutsche, englische oder französische Marken. Die modernen Klubsessel vor den eleganten Umkleidekabinen betonen die Exklusivität.

Es ist nicht die einzige Verkaufsstelle des "HO Zentralbetriebes" in Ostberlin, aber es ist sein Prachtstück. Hier kaufen die in Ostberlin akkreditierten Missionen, die Zonendiplomaten und die Zonendelegationen ein, die vor ihrer Reise ins Ausland neu eingepuppt werden sollen.

22. 8. 1955

Andere Verkaufsstellen befinden sich in Karlshorst und in allen zonalen Ministerien. Hier werden die sowjetischen Besatzungsangehörigen und Diplomaten, soweit sie im Karlshorster Ghetto wohnen, in den anderen die sowjetzonalen Staatsfunktionäre versorgt.

Der bestversorgte dieser Läden liegt zweifellos im Keller des Finanzministeriums. Auch hier unaufdringlich getarnt und durch eine VOPO- und SSD-Kontrolle abgeschirmt. Dieser Laden ist für die Versorgung des sowjetzonalen Staatspräsidenten genauso verantwortlich, wie für die von Ministerpräsident GROTEWOHL oder von ULBRICHT oder eines der anderen Mitglieder des ZK der SED. Daneben gibt es Spezialgeschäfte für Möbel, Teppiche, Schuhe, Lederwaren, Uhren, Photogeräte, ein Kinderkaufhaus. Nicht wenige in versteckten Villen untergebracht, um bei der Bevölkerung kein unliebsames Aufsehen zu erregen.

Kurz und gut: Eine eigene Verkaufsorganisation für die kommunistische Oberschicht, die auf Kosten der Versorgung der Zonenbevölkerung existiert.

Versorgungsschwierigkeiten oder Engpässe sind im HO-Zentralbetrieb unbekannt. Ihre Verkaufsstellen müssen von allen Betrieben vordringlich beliefert werden. Sie beziehen Obst und das Gemüse direkt vom Sonderkontingent in der Dircksenstrasse. Die Freigabe für die übrige Bevölkerung erfolgt erst, wenn der Bedarf der "Sonderbedarfsträger" gedeckt ist. Wenn in der Zone sogar Margarine rar ist, erhält der HO-Zentralbetrieb Sonderkontingente von garantiert frischer Butter, Eiern und Sahne mit einem Fettgehalt, wie er sonst in der Zone unbekannt ist. Und das mit einer speziellen ministeriellen Verfügung. Auf gleicher Stufe wie die Funktionäre stehen nur noch die Inhaber der sogenannten "Diplomatenkarten".

Wenn die Zone hungert, dann beschäftigt man sich in der Leitung des HO-Zentralbetriebes mit der Beschaffung von Spezialitäten und Leckereien für den Empfang eines der kommunistischen Großkopffeten. Wenn in der ganzen Zone kein Blumenkohl aufzutreiben ist, sich Frau GROTEWOHL aber trotzdem in der Kopf gesetzt hat, ihren Gästen Blumenkohl vorzusetzen, dann werden illegale Transaktionen vorgenommen, um den Blumenkohl im Rucksack auf Schleickwegen aus Westberlin zu beschaffen. Der Preis spielt dabei keine Rolle. Wenn es verlangt wird, werden auch für eine Teledr...

SPD-Pressedienst
OD/X/15

22. 8. 1955

rechnung von 150,- M irgendwo in der Zone 20 kg Zander aufgetrieben und mit dem Personenwagen abgeholt. Die Unkosten spielen, wie gesagt, keine Rolle. Sie gehen auf Kosten des HO-Zentralbetriebes und müssen irgendwie wieder herausgewirtschaftet werden. Heute sieht es allerdings noch nicht so aus, als ob das je gelänge.

Im Juli 1953 wurde diese Einrichtung ins Leben gerufen. Es war zunächst eine Zwangsübertragung der Funktionen der sowjetischen GSOWD, die seit 1945 die Versorgung der sowjetischen Besatzungstruppen und ihrer Familien durchführte. Dazu kam aber bald die Sonderversorgung für die SED- und Staatsfunktionäre, die dem Spezialhandel des Konsums abgenommen wurde.

Die 2,5 Millionen, mit denen diese Verkaufsorganisation von der Regierung ausgestattet wurde, gingen schon bald für die Übernahme von Lagerbeständen der GSOWD drauf. Als man sich diese Lager näher besah, stellte man rasch fest, daß "Ramsch" ein zu gelinder Begriff war. Mit dem Hinweis auf die deutsch-sowjetische Freundschaft wurde auf Weisung von oben das Lager trotzdem übernommen. Mit diesen Ladenhütern aus den Jahren 1947 und 1948 bestritt die HO dann eine Reihe von "Ausverkäufen". Bis sich die Bevölkerung empörte. Auf nicht weniger als 300 000 M in Warenbeständen aber ist man sitzengeblieben. Wenigstens weisen es die Bücher aus. Sonst wäre das Defizit noch größer. Die Verluste der einzelnen Verkaufsstellen in Karlshorst sind durch sowjetische Preismanipulationen außerdem auf 45 000 M jährlich geklettert. Durch betriebliche Einsparungen, wie es verlangt wird, läßt sich das Ausmaß dieser Defizitwirtschaft jedenfalls nicht mehr ausgleichen. Aber da ist ja immer noch die größere Schwester, die allgemeine HO, die aus der Tasche der Zonenbevölkerung bezahlen kann, was der Aufwand und der Lebensstil jener kleiner Nutznießerschicht kostet.

+ + +

22. 8. 1955

Die Komsomolzen spüren nicht mehr

OD. Der Komsomol, die sowjetische Staatsjugendorganisation, ist dabei, zu einem Sorgenkind der Sowjetmachthaber zu werden. In der Epoche nach Stalins Tod ist die Mitgliedschaft immer eindeutiger von einem Privileg zu einer als schwer empfundenen Pflicht geworden. Der Zwang zu den obligaten Schulungsveranstaltungen wurde auch früher als unangenehm empfunden, dafür aber eröffneten sich für die Mitgliedschaft eine ganze Reihe von Vorrechten, so etwa die Aussicht auf eine berufliche Förderung oder gar die Zulassung zum Studium. Seit Ende des neuen Jahres, vor allem seit CHRUSCHTSCHEWs Neuländaktionen, aber ist kein Komsomolze mehr sicher, seine Treue gegenüber der Partei und dem Verband nicht durch einen Arbeitseinsatz beweisen zu müssen. Dieses Verlangen hat den dünnen Schleier der anerzogenen Ideologie zerreißen lassen. Wenn auch die bolschewistische Phraseologie tabu bleibt, sie begeistert die Jugend nicht mehr, Jahre ihres Lebens dafür zu opfern.

Die Komsomolzen haben keine Lust, sich zu dem geforderten verstärkten Arbeitseinsatz freiwillig zu melden oder auch nur der Einweisung willenslos zu folgen. Die Jugend reagiert auf die Appelle zu einem entbehrungsreichen und anspruchlosen Leben für den Aufbau des Kommunismus in den Neuländereien und den aus dem Boden gestampften Betrieben negativ. Man hat mit seinem eigenen beruflichen Fortkommen genug zu tun. Von vielen Arbeitsobjekten wird eine richtige Flucht der Jugendlichen berichtet. Der Versuch, der körperlichen Arbeit zu entgehen, ist auch in der Sowjetunion, seitdem der stalinistische Terror wenigstens teilweise wegfiel, zu einer alltäglichen Erscheinung geworden. Die "Landflucht" der Jugend wird zu einem politischen Problem. Die berüchtigten Sowchosen im ehemaligen Ostpreußen machen dabei aber so wenig eine Ausnahme wie die Schachtobjekte "Komsomol" in Gorlowka oder in dem Gebiet, das viel-sagenderweise den Namen Stalins trägt.

Die Haltung der Jugend hat die Partei alarmiert, zumal die Passivität den Jugendverband weitgehend arbeitsunfähig macht. Die rückgehenden Mitgliederzahlen zeigen, daß es nicht einmal mehr gelingt, die Austrittsbewegung zu verschleiern. Hinzu kommt, daß immer mehr Jugendliche es vorziehen, einfach unterzutauchen. Man nimmt eine Arbeit an einem anderen Ort an, ohne sich beim Komsomol anzumelden. Oder man glänzt durch

22. 8. 1955

Abwesenheit und Uninteressiertheit, bis man eines Tages ausgeschlossen wird. Es ist heute für das persönliche Fortkommen besser, als Parteiloser in einem Beruf sich langsam hochzuarbeiten, als sich durch den Komsomol in einer Staats- oder Parteistellung fördern zu lassen.

Die Partei kann nicht länger zusehen, wenn ihr die Jugend nicht ganz entgleiten soll. Im "Molodoj Kommunist" wird seit langem eine Kampagne geführt, durch die die Jugend wieder zur Raison gebracht und ihr die Grundsätze der kommunistischen Moral ins Gewissen gerufen werden sollen. Es sei mit der kommunistischen Moral nicht zu vereinbaren, wenn die Jugend, und hier vor allem die Komsomolzen, die körperliche Arbeit als beschämend betrachteten, die Selbstkritik nicht mehr funktioniere, die Jugendlichen sich untereinander zu bespitzeln weigern, ja, daß man es vorziehe, in den oberen Klassen der Schulen mehrere Male sitzenzubleiben, um dem Komsomol-Einsatz zu entgehen, heißt es in der offiziellen Standpauke.

Es ist aber mehr als fraglich, ob durch derartige Appelle eine Änderung erreicht werden kann. Auch der bereits angekündigte "Umtausch der Mitgliedsbücher" ist eine zweiseitige Angelegenheit, er kommt im Endeffekt dem Teil der Jugendlichen entgegen, die aus dem Komsomol herauswollen. Bereits bei dieser Ankündigung hat man zum Ausdruck gebracht, daß man sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Säuberung nicht leisten könne. Das würde die Liquidierung des Verbandes bedeuten.

Am deprimierendsten für die Sowjetmachthaber dürfte der Zeitpunkt der Krise im Komsomol sein. Nach der ersten Generation, "die die Revolution durchführte", steht nunmehr auch die zweite, "die den Sozialismus aufbaute", vor dem Abtreten. Jetzt aber muß man erleben, daß die dritte Generation, "die den Kommunismus aufbauen soll", ihre eigenen höchstpersönlichen Ansprüche über den Willen der Partei und ihre Theorie stellt.

+ + +

Verantwortlich: Stefan THOMAS